die in Aussicht genommenen Industrie-Schuldverschreibungen mobilisiert werden soll. Die Schuldverschreibungen sind mit einer geringeren Verzinsung in der Uebergangszeit vom 4. Jahr ab mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen.

Kontrolle.

Die Reparationsleistungen sollen durch die angeführten Einkünfte gesichert werden. Von der Empfehlung einer mittelbaren oder unmittelbaren Kontrolle der gesamten deutschen Finanzgebarung wird Abstand genommen, es sei denn, daß ein beabsichtigter Verstoß Deutschlands gegen die jetzt übernommenen Verpflichtungen vorliegt. Als Sonderpfand sollen die Einkünfte der Zölle und die Abgaben auf Alkohol, Tabak, Bier und Zucker dienen, und zwar soll die wirksame und unparteiliche Kontrolle in der Weise ausgeübt werden, daß von dem Gesamtaufkommen seitens der Kontrollstelle zunächst die an die Alliierten abzuführenden Leistungen abgezogen werden und nur der Rest Deutschland zur Verfügung steht. Die Kontrolle soll alsbald beginnen. Von der Umwandlung der Verbrauchssteuern in neue Monopole wird abgesehen. Die Kontrolle wird einem besonderen Kommissar übertragen, dem Unterkommissare für jede zur Sicherung dienende Steuer beigeordnet sind. Die Befugnisse des Kommissars sollen, so lange die Einkünfte zureichen, zurückhaltend ausgeübt werden, sie gestatten aber im Falle eines verringerten Betrages der Einnahmequellen Eingriffe jeder Art. (!) Die Sachverständigen sehen die Einsetzung je eines Kommissars für die Notenbank, für die Eisenbahn, für die zur Finanzierung der Reparationen dienenden Einnahmequellen des Budgets und nötigenfalls für die Industriebelastung vor, außerdem den Agenten für Reparationszahlungen, der zugleich die Verbindung der Kommissare mit der Reparationskommission herzustellen hat, und den Kommissaren allgemeingültige Richtlinien geben kann. Die Kommissare und der Agent sind Mitglieder eines Kollegiums, das den Agenten bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Richtlinien zu beraten hat. Endlich sind Bevollmächtigte für die Verwaltung der Eisenbahn- und Industrie-Obligationen vorgesehen.

Am Schlusse seiner Ausführungen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands stellt der Sachverständigenausschuß ausdrücklich fest, daß die von Deutschland zu fordernden Summen alle Kosten enthalten, die aus dem Krieg entstanden sind, insbesondere die Reparationen, die Restitutionen, alle Ausgaben für die Besatzungsarmeen die Ausgleichszahlungen, die Ausgaben für die Kontrollkommissionen, andere Ueberwachungen usw. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß, wenn in dem Bericht des Komitees oder in seinen Anhängen von Beitragszahlungen die Rede ist, damit alle Lasten gemeint sind, die Deutschland von den alliierten und assoziierten Mächten für die Kriegskosten auferlegt sind.

Wirtschafts- und Finanzhoheit.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Hoheit Deutschlands im besetzten Gebiete wird von den Sachverständigen an verschiedenen Stellen ihres Berichts als Vorbedingung der Gesamtheit ihrer Vorschläge bezeichnet. Im Eingang des Berichtes sagen die Sachverständigen: Wir haben eingehend erwogen, ob es möglich ist, für das heutige Deutschland, d. h. bei den gegenwärtig bestehenden fiskalischen und wirtschaftlichen Beschränkungen in den besetzten Gebieten, das deutsche Budget zu balancieren und die Währung dauernd zu stabilisieren. Wir müssen erklären, daß es uns nicht möglich gewesen ist, unter diesen Umständen einen Weg zu finden. Die Wiederherstellung des deutschen Kredits im In- und Ausland ist die Grundlage der deutschen Zahlungsfähigkeit. Dieser Kredit kann aber nicht wiederhergestellt werden, solange der jetzige Zustand im Ruhr- und Rheingebiet andauert. Nur wenn die wirtschaftliche und finanzielle Einheit des Reiches für das gesamte Gebiet wiederhergestellt wird, kann Deutschland aus eigener Kraft sein Budget balancieren. Es muß darauf hingewiesen werden, daß auch die Durchführung des Planes hinausgeschoben werden muß, wenn die Wiederherstellung dieser Hoheit verzögert wird. Alle Fristen des Zahlungsplanes haben nur unter dieser Voraussetzung Geltung.

Ein neuer Unterschlagungsskandal in Frankreich.

In Paris ist festgestellt worden, daß von dem beschlagnahmten deutschen Eigentum große Mengen unterschlagen wurden. Diese Unterschlagungen kamen in der amtlichen Verteilungsstelle vor. Eine Reihe von Verhaftungen wurde bereits vorgenommen. Es wird leider nicht mitgeteilt, welche Gegenstände unterschlagen wurden und wie hoch deren Wert sei. Aber die Unterschlagungen müssen großen Umfang angenommen haben, weil sie zu vielen Verhaftungen führten.

Die Rückführung geflüchteten Kapitals.

Der Bericht des Komitees Mac Kenna schätzt das deutsche Guthaben im Ausland Ende 1923 auf rund 6½ Milliarden, die Guthaben von Ausländern in Deutschland auf 1 bis 1½ Milliarde. Als einziges Mittel, die ins Ausland gebrachten Kapitalien zurückzuführen, wird die Beseitigung der Gründe erachtet, welche die Abwanderung verursacht haben. Deshalb wird es vor allem für notwendig gehalten, eine stabile Währung zu schaffen, welche die Inflation verhindert.

Frankreich und Belgien wollen weiter ausbeuten.

Die Pariser Morgenblätter stellen übereinstimmend fest, daß die Vorschläge der Sachverständigen von Frankreich gebilligt werden. Eine Rückgabe der Ruhr, schreibt der „Matin", ist aber deshalb nicht erforderlich, weil Frankreich und Belgien die Ausbeute auch unter Wiederherstellung der Landesgrenzen des Reichs fortsetzen können.

Wie „Echo de Paris" aus Brüssel meldet, wird das belgische Kabinett seine Vertreter in der Reparationskommission anweisen, dem Berichte der Sachverständigen zuzustimmen, da er keine militärische und keine wirtschaftliche Preisgabe des Ruhrgebietes ausspreche und der Vorschlag, die Zollgemeinschaft der Ruhr und des Rheins für Deutschland wieder herzustellen, nicht im Widerspruch mit den französisch-belgischen Ruhrverträgen stehe.

Dawes Begleitschreiben.

Der Sachverständigenbericht ist mit einem Begleitschreiben übergeben worden, in dem Dawes ausführt, daß die Sachverständigenkommission sich dem Weltgewissen gegenüber verantwortlich fühlt und ihre Bestimmungen nach den Grundsätzen des Versailler Friedensvertrages aufbauend auf den Forderungen der Gerechtigkeit und Billigkeit erlassen habe, nicht als Strafen für Deutschland, sondern zur Förderung der wirtschaftlichen Erhaltung aller Völker Europas. Der Versailler Frieden fordere ja — und die deutsche Regierung habe das 1919 selbst zugegeben — daß die Besteuerung Deutschlands im Verhältnis ebenso schwer sein müsse wie die irgendeines anderen in der Kommission vertretenen Landes.

Die Goldnotenbankkommission.

Die in dem Plan des Komitee Dawes vorgesehene Kommission zur Abfassung der Statuten der Goldnotenbank wird nach dem „Matin" aus Sir Robert Kindersley, dem belgischen Sachverständigen Francquis und dem Reichsbankpräsidenten Schacht bestehen.

Hoffnungen auf Mitarbeit Amerikas.

Der amerikanische Sachverständige Owen Young erklärte einem Vertreter des Gaulois, er hoffe, daß der in voller Einmütigkeit von den Sachverständigen aufgestellte Plan auch die ungeheure Mehrheit seiner amerikanischen Landsleute nicht gleichgültig lassen werde. Er nehme an, daß Amerika sich nicht länger dem Rufe Europas verschließen und gern an der Wiederherstellung des Friedens und der wirtschaftlichen wie finanziellen Wiedererholung Europas mitwirken werde.

Trennung zwischen der Deutschen Volkspartei und der Nationalliberalen Vereinigung.

Die Verhandlung, die in den letzten Tagen zwischen dem Vorstande der Deutschen Volkspartei und der Nationalliberalen Vereinigung geführt wurden, sind am Mittwochnachmittag zum Abschluß gelangt. Nachdem vom Parteivorstande nochmals darauf hingewiesen worden ist, daß politische Organisationen innerhalb der Partei untragbar seien, und die Nationalliberale Vereinigung erklärt hat daß sie auf ihren schon früher gestellten Forderungen, die auf die Anerkennung der Nationalliberalen Vereinigung innerhalb der Deutschen Volkspartei hinzielten, bestehen bleiben müßte, faßte der Parteivorstand in einer Sitzung am Mittwochnachmittag den Beschluß, an der Entschließung des Zentralvorstandes in Hannover festzuhalten und darüber hinaus seinen Standpunkt dahin festzulegen, daß sich diejenigen Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung, die an ihrer alten Forderung festhalten, sich als aus der Deutschen Volkspartei ausgeschieden betrachten müßten.

Protest des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten gegen Ludendorff.

Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten E. V. Berlin hat in seiner Tagung vom 9. März 1924 folgende Entschließung gefaßt: Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten hat mit Entrüstung von den Beschuldigungen und Verdächtigungen Kenntnis genommen, die General Ludendorff im Münchner Prozeß gegen die deutschen Juden ausgesprochen hat. Parteipolitische Leidenschaft hat den militärisch verantwortlichen Führer des deutschen Feldheeres zu Verdächtigungen verleitet, wie sie ungerechtfertigter und kränkender kaum jemals ausgesprochen worden sind.

Im Namen der jüdischen Frontsoldaten, die wir alle in uns das Bewußtsein tragen, mit Opferwilligkeit und Hingabe unserer Kraft dem Vaterlande gedient zu haben, im Namen der vielen Tausende jüdischer Männer, die ihre Treue mit dauerndem Siechtum bezahlt haben, im Namen der 12 000 jüdischen Soldaten, die unter Führung General Ludendorffs den Heldentod gestorben sind, im Namen der trauernden Witwen und Waisen, Väter und Mütter weisen wir die uns zugefügten Beleidigungen zurück und sind uns gewiß, daß die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes von diesen ungeheuerlichen Verdächtigungen nichts wissen will.

Der deutsche Außenhandel im Februar.

Starke Zunahme der Rohstoffeinfuhr.

Da sich die Verhältnisse im besetzten Gebiet nicht geändert haben, enthalten die handelspolitischen Ziffern im Februar dieselben Fehlerquellen wie in den Vormonaten. Nur mit Vorbehalt können daher die nachstehenden Ziffern über den Außenhandel im Februar mitgeteilt werden. Eine einwandfreie Bilanz des Außenhandels kann daraus nicht gezogen werden.

Es betrug die Einfuhr in 1000 Goldmark im Februar (verglichen mit Januar d. J. und dem Monatsdurchschnitt von 1923): Lebende Tiere 5502 (5946, 2712), Lebensmittel und Getränke 154 448 (175 289, 100 310), Rohstoffe 359 051 (237 470, 258 907), halbfertige Waren 62 984 (54 283, 67 168), fertige Waren 132 827 (92 511, 76 699), Gold und Silber 3775 (2695, 987).

Die Ausfuhr stellte sich im Februar dieses Jahres wiederum verglichen mit Januar d. J. und dem Monatsdurchschnitt von 1923: Lebende Tiere 463 (202, 260), Lebensmittel und Getränke 21 997 (11 643, 10 947), Rohstoffe 27 848 (23 357, 30 625), halbfertige Waren 30 720 (27 213, 30 223), fertige Waren 383 871 (367 454, 433 311), Gold und Silber 1440 (1152, 1230).

Es ergibt sich also für Februar eine starke Steigerung der Einfuhr, der nur eine verhältnismäßig geringe Zunahme der Ausfuhr gegenübersteht. Im ganzen ergibt sich für Februar eine Passivität der Handelsbilanz von 262 Millionen Goldmark (ohne Berücksichtigung des Außenhandels des besetzten Gebietes). Dieser Passivsaldo muß zum größten Teil durch die Gewährung ausländischen Kredits und den Rückfluß deutscher Auslandsguthaben ausgeglichen worden sein.

* * *

Die Golddiskontbank errichtet. Wie WTB. mitteilt, ist die deutsche Golddiskontbank am 7. d. M. errichtet worden. Sie wird in den nächsten Tagen dem Verkehr mit dem Publikum aufnehmen, worüber noch Nachricht ergeht.

Die Beschränkungen des Briefgeheimnisses. Der Reichsminister des Innern hat folgende Verordnung erlassen: „Die mir durch Paragraph 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 26. Februar 1924 erteilte Befugnis zu Beschränkungen des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprech-Geheimnisses, zu Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmungen, sowie zu Beschränkungen des Eigentums übertrage ich auf die Landeszentralbehörden, in Preußen außerdem auf die Oberpräsidenten und den Polizeipräsidenten von Berlin. Meine unmittelbare Zuständigkeit zu solchen Maßnahmen wird hierdurch nicht berührt."

Schacht bei den sächsischen Industriellen in Dresden.

Auf der Hauptversammlung sächsischer Industrieller in Dresden, wo der Vorsitzende des Verbandes Fabrikbesitzer Moras-Zittau die Begrüßungsansprache hielt, ließ sich der Reichsbankpräsident Dr. Schacht — Dr. Stresemann war es wegen des soeben eingetroffenen Sachverständigenberichts unmöglich zu erscheinen — in einer längeren Rede über die wirtschaftliche Lage Deutschlands aus. Er kam zunächst auf die Leistungen des deutschen Volkes zu sprechen, die in den letzten Monaten den Uebergang aus dem Chaos in einigermaßen geordnete Verhältnisse wieder ermöglicht haben. Um die Größe dieser Leistungen Deutschlands zu erkennen, müsse man sich den Herbst 1923 mit seiner hoffnungslosen Stimmung vergegenwärtigen und den jetzigen Zustand dagegenhalten. Losgelöst von aller Politik kann gesagt werden,

daß die beiden Kabinette Stresemann und Marx Ungeheures für das deutsche Volk geleistet haben.

Das Verdienst der beiden Regierungen war auch, die bürgerlich-individualistische Gesellschaftsordnung gerettet zu haben. Es muß auch einmal ausgesprochen werden, daß der transitorische Charakter der Rentenmark immer außer acht gelassen wird. Dieser Charakter wurde nicht nur durch wirtschaftspolitische Gedankengänge diktiert, auch das Beispiel der dänischen Rentenmark, die im Jahre 1813 ins Leben gerufen wurde, und die in ihrer Organisation der heutigen Rentenmarklösung wie ein Zwilling dem andern gleicht, bekräftigt das. Als Reichsbankpräsident bin ich mit dem Reichsfinanzminister und dem Reichswirtschaftsminister vollkommen einig, daß keine Maßnahme versäumt wird, die die Rentenmark stabil hält und ein Abgleiten verhindert.

Für die Erhaltung der Wertbeständigkeit der Rentenmark kommt in Frage: 1. daß Kredite, die in Rentenmark gegeben werden, auch auf wertbeständiger Basis zu erteilen sind, und 2. daß die Umlaufmenge der Rentenmark nicht über ein gewisses Maß hinausgesteigert wird. Mit Hilfe der Rentenmarkkredite konnte bereits eine fühlbare Besserung des Wirtschaftslebens erzielt werden. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken, die Steuerkraft gestiegen. Leider ist der Eindruck nicht zu verwischen, daß die Besserung der Wirtschaft zurückzuführen ist auf eine Steigerung des Inlandskonsums und nicht auf eine solche des Exports. Deutschland hat gegenüber den letzten Monaten 1923 eine passive Handelsbilanz. Auch der Spartrieb ist noch nicht wieder erwacht. Vor dem Kriege lagen 20 Milliarden Goldmark auf den deutschen Sparkassen, heute sind es 250 Millionen Goldmark, also nur der 80. Teil. Von 1200 Millionen Rentenmarkkrediten sind weit über das Kontingent hinaus Zweidrittel allein an die Landwirtschaft gegangen. Der Dank dafür besteht in fortgesetzten Angriffen der landwirtschaftlichen Zeitschriften gegen die Reichsbank. Während auf der einen Seite immer mehr Kredit verlangt wird, warnen angesehene Zeitungen vor einer Kreditinflation. Jetzt ist angeordnet worden, nach Bekanntgabe des letzten Reichsbankausweises vom 31. März 1924, daß die vorhandenen Konten nicht erhöht werden dürfen. Wenn die Maßnahme richtig durchgeführt wird, muß sie dazu führen, daß ein Stillstand der Rentenmark auf der Basis vom 31. März eintritt.

In Deutschland kann keine Währung sich auf die Dauer halten, wenn sie nicht auf Gold gestellt ist. Die erste Etappe dazu ist mit der Schaffung der Golddiskontbank formell vollendet. Sämtliche Einzahlungen sind bereits geleistet oder gesichert. Nicht ein einziger hat sich der vaterländischen Aufgabe entzogen. Den Banken gebühre öffentlicher Dank hierfür.

Die Golddiskontbank ist gedacht als Kreditinstitut, das der deutschen Wirtschaft Valutakredite zur Verfügung stellt. In erster Linie werden an diejenigen Industrien Kredite zur Verfügung gestellt, die für den Export arbeiten. Auch der Diskontsatz dieser Bank wird sehr nierdig, wahrscheinlich niedriger noch als der Reichsbanksatz sein. Eine neue Diskontpolitik ist nötig. Wir müssen wieder zurückkehren zu den Grundsätzen der alten Zeit.

Die Tatsache, daß das deutsche Volk sich noch in dieser Lebenskraft solange behaupten konnte, hat den Experten eine übermäßig günstige Anschauung von den Kräften des deutschen Volkes gegeben. Die angegebenen Zahlen sind zweifellos derart, daß sie nicht tragbar sein werden. Festgehalten werden muß aus den Berichten, was nach einem Jahrzehnt erfreulich ist, daß das Reparationsproblem aus einer politisierten Atmosphäre entgiftet herausgezogen worden ist; denn wer mit den heiligsten Empfindungen eines Volkes spielt, der darf sich nicht wundern, wenn demgegenüber einmal die nationale Verzweiflung durchdringt. Die 5 Milliarden Goldmark für die Besatzungstruppen allein sind eine Kulturschande für die Welt. Wenn weiter bedacht wird, daß Deutschland bereits über 40 Milliarden Goldmark an die Entente abgeführt hat, die sie uns gnädig mit 9 Milliarden anrechnen will, wenn man weiter die dauernd blutende Wunde, das Loch im Westen bedenkt, so sind das auch Dinge, die man als eine Schande für die ganze Welt bezeichnen muß. Diese Gedankengänge, wenn auch nicht in der deutlichen Form, zum Ausdruck gebracht zu haben, ist das große Verdienst der Experten. Der Gedanke, daß Deutschland die Reparationslasten nicht zahlen kann, wenn es die wirtschaftliche Souveränität nicht zurückerhält, muß am Anfang unseres Handelns stehen. Ohne auf den Versailler Vertrag einzugehen, muß doch eine unerläßliche Forderung sein, die endliche Herabsetzung der Besatzungskosten, ferner unter allen Umständen die politische Räumung des Ruhr- und Rheinlandes. Der letzte französische Soldat muß aus diesen Gebieten heraus, wenn wir auf die ganze Angelegenheit überhaupt eingehen sollen. Deutschland kann nur zahlen und leisten, wenn seine Zahlungen dem friedlichen wirtschaftlichen Wiederaufbau der Menschheit dienen.

Die Rede des Reichsbankpräsidenten wurde vielfach von stürmischem Beifall unterbrochen, der besonders am Schlusse noch lange nachhallte.

SLUB
Wir führen Wissen.